dfi aktuell

Informationen aus dem Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg Ausgabe 2|2015

Aus dem Inhalt

dfi analyse

Reform des *Collège* und die Folgen – *Seite 1*

dfi information

XXXI. Jahreskonferenz des dfi – *Seite 4*

Zu Gast im Senat – *Seite 4*

Ausbildung überwindet Grenzen. dfi unterstützt das Pilotprojekt AzubiBacPro – *Seite 5*

Hochschulkooperation mit Tunesien – *Seite 6*

Ehemaligenseminar des Programms „On y va – auf geht's!" – *Seite 6*

Wie viele, wie hoch, wie groß? Themendossiers der Frankreich-Bibliothek mit statistischen Angaben – *Seite 7*

dfi service

Nachwuchswissenschaftler stellen ihre Doktorarbeiten vor – *Seite 8*

Frankreich Jahrbuch 2014 Zivilgesellschaft in Frankreich, Deutschland und Europa – *Seite 8*

Neu erschienen: Haushaltskulturen – *Seite 9*

Neuerscheinung Europa-Jahrbuch – *Seite 9*

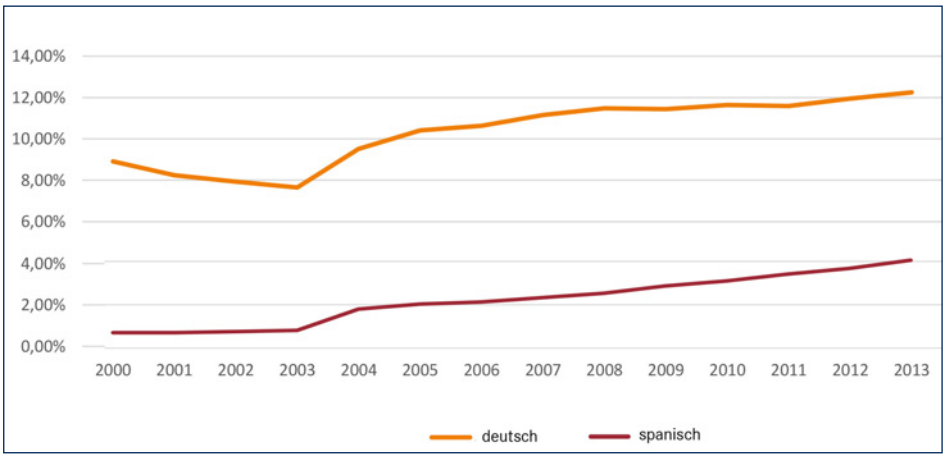
Ludwigsburger Schlossfestspiele 2015 – *Seite 9*

Die DFH zur Schulreform in Frankreich – *Seite 10*

Kooperationsvertrag „Jugend und Wirtschaft" – *Seite 10*

Die Bretagne – faszinierende Partnerregion in Frankreich – *Seite 10*

Reform des *Collège* und die Folgen



Anteil der Schüler, die mit deutsch bzw. spanisch als 1. Fremdsprache in der Klasse 6 beginnen.
Quelle: http://www.education.gouv.fr/cid57096/reperes-et-references-statistiques.html

dfi analyse

Die Wogen gehen hoch, ein Sturm der Entrüstung braust durch die Medien, und es scheint kein Sturm im Wasserglas zu sein. Erst waren es die französischen Lateinlehrer, die um ihr Fach fürchten, dann wachten all jene auf, die dem Unterricht der deutschen Sprache in Frankreich Bedeutung beimessen. Parteiübergreifend protestieren Abgeordnete der *Assemblée Nationale* gegen die geplante Reform des *Collège*. Andreas Jung und Pierre-Yves Le Borgn' (die beiden Vorsitzenden der deutsch-französischen Parlamentariergruppe) publizieren in der FAZ eine Protestnote, die renommierte Europa-Abgeordnete Sylvie Goulard plädiert für eine ungebrochene Stärkung der deutschen Sprache an französischen Schulen. Die deutsche Botschafterin wird in Paris von der Bildungsministerin zwar empfangen, blitzt aber rundweg ab. In Montpellier blockieren Eltern eine Schule und kämpfen für den Erhalt des bestehenden Angebots. Das Thema kommt in den Machtzentren in Berlin und Paris an. Wie sind diese erstaunlich breiten und heftigen Reaktionen einzuordnen?

Wer die französische Politik der letzten Jahrzehnte verfolgt hat weiß, dass es kaum ein Ministerium gibt, dass mehr Reformen auf den Weg gebracht hat als das nationale Bildungsministerium (die berühmte, als „Mammouth" etikettierte *Éducation Nationale*). Dabei geht es immer darum, den Anteil der Schulabbrecher zu verringern und so dem Ziel näher zu kommen, möglichst viele junge Franzosen möglichst weit im einheitlichen Schulsystem zu bringen. Es geht um die Einlösung des Versprechens, in der Schule seien die Chancen für alle Schüler gleich, nur die Leistung und nicht die soziale Herkunft zähle. Dieses auf *mérite* (Leistung) basierte System zieht sich durch das gesamte Bildungswesen bis zu den Aufnahmeprüfungen zu den besten Hochschulen. In Frankreich hatte man dank dieses Systems nie ein Problem damit, dass man so eine „Elite" für die verantwortungsvollen Aufgaben der Republik heranzog. Diese lange Tradition einer gezielten Meritokratie muss man im Hinterkopf behalten, wenn man die momentan angestrebte Reform einordnen will.

Bei dem von der Bildungsministerin Vallaud-Belkacem eingebrachten Gesetzentwurf geht es um das *Collège*, also jene Phase in der schulischen Bildung, die dem 6. bis 9. Schuljahr in Deutschland entspricht. 1975 war es als große Errungenschaft gefeiert worden, dass nunmehr alle Schüler die genau gleiche Schulform mit dem identischen Programm zu besuchen hätten – das *Collège unique* wurde im Namen der Gleichheit geschaffen. Ziel war und ist, dass alle schulpflichtigen Kinder in Frankreich das gleiche Programm absolvieren und somit die heute „socle commun de connaissances" genannten Grundkenntnisse und -fertigkeiten erwerben können.

Die seit 40 Jahren andauernde Bemühung, alle Schülerinnen und Schüler in der schulischen Phase namens *Collège* identisch zu unterrichten und damit die republikanische Chancengleichheit zu bewahren, ist allerdings seit Beginn der Bemühungen insofern gescheitert, als viele Schüler am Ende des

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

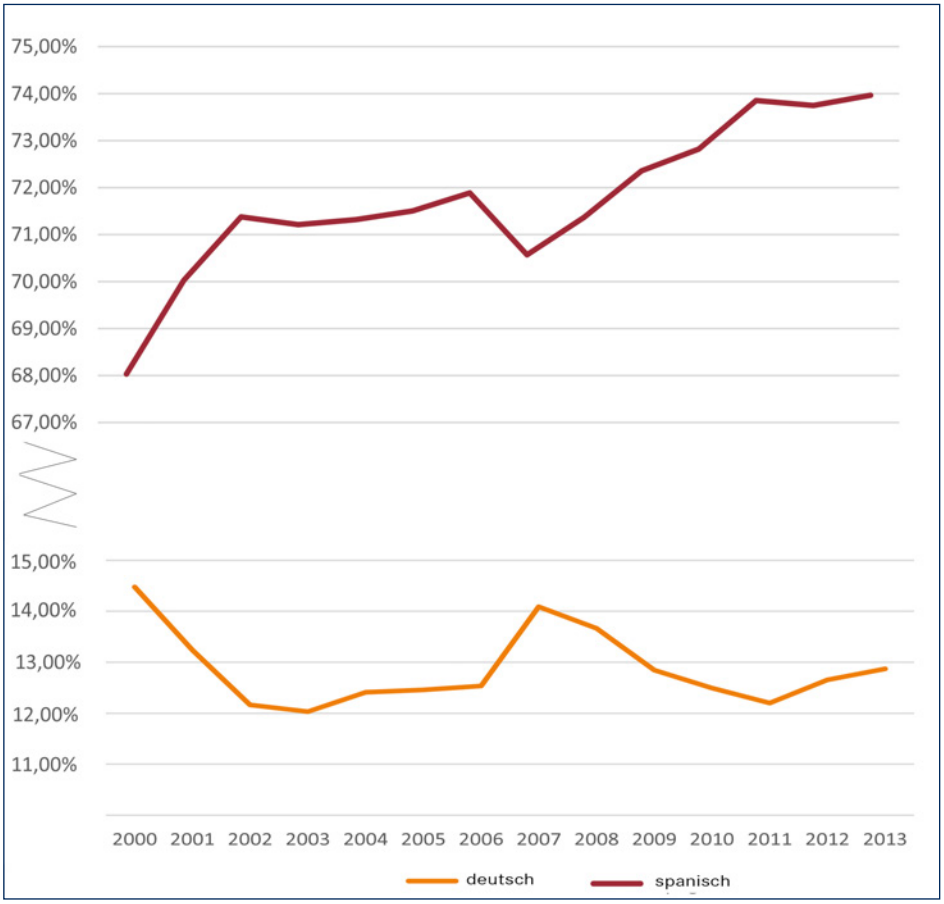
Collège keinen Schulabschluss erreichen (2014 haben nur 85 % der Kandidaten die Prüfung zum „diplôme national du brevet“ bestanden, immerhin 92 % haben die erwähnten Grundkenntnisse während des Schulbesuchs nachgewiesen). Die Erkenntnis, dass differenzierte Pädagogik und individuelle Förderung erforderlich sind, ist nicht neu und im Ministerium durchaus angekommen. Eine Pauschalkritik an der für alle Schüler gleichen Sekundarstufe I ist allerdings fehl am Platze, denn auch das bekanntlich anders gestaltete deutsche Schulsystem schafft es nicht, alle Schüler eines Jahrgangs zu einem Schulabschluss zu bringen. Die vorgeschlagene Reform betrifft sowohl den Fächerkanon als auch die Pädagogik. Fachübergreifendes Lernen soll gestärkt werden, was an frühere Bemühungen anknüpft, den starren Fächerkanon aufzubrechen und problemorientiertes und fachübergreifendes Lernen zu fördern. Zweitens sollen 20 % der Unterrichtsstunden je nach Bedarf unterschiedlich eingesetzt werden können, also z.B. für Arbeit in kleineren Gruppen oder für fachübergreifende Projekte. Ein dritter Reformpunkt betrifft die modernen Fremdsprachen, und das ist hier unser Thema. Wie mittlerweile in allen Mitgliedstaaten der EU wird in der Grundschule mit der ersten Fremdsprache begonnen – in aller Regel mit Englisch, außer in Regionen, die aus unterschiedlichen Gründen mit einer anderen Sprache beginnen (in Baden-Württemberg entlang des Rheins mit Französisch, im Elsass mit Deutsch, in einigen Regionen Europas wird ohnehin in zwei Amtssprachen unterrichtet, wie im Aostatal Französisch/Italienisch oder in Südtirol Deutsch/Italienisch, im Saarland soll neben Englisch auch Französisch vom Kindergarten an angeboten werden). In der weiterführenden Stufe des *Collège* soll nun allein das Englische zur allgemeinen ersten Fremdsprache werden (außer in den wenigen Regionen, wo eine andere Sprache in der Grundschule unterrichtet wurde). Die zweite Fremdsprache wird auf Klasse 7 vorgezogen (bisher Klasse 8). Diese Regelung ist auf den ersten Blick keineswegs spektakulär, wenn man sie mit den Regelungen in anderen EU-Staaten vergleicht. In der italienischen, ebenfalls für alle Schüler gleichen dreijährigen Sekundarstufe 1 wird ab Klasse 6 das Englische pflichtweise mit 3 Wochenstunden weitergeführt und die zweite moderne Fremdsprache (es werden nur Deutsch, Französisch und Spanisch zugelassen) startet ebenfalls in Klasse 6, mit 2 Wochenstunden wie in der geplanten französischen Reform ab Klasse 7. In Deutschland ist die Situation aufgrund des Bildungsföderalismus derart unübersichtlich, dass ein Vergleich nur schwer herzustellen ist.

Warum also die ganze Aufregung, wenn es doch in anderen vergleichbaren Situationen, wie z.B. in Italien, nicht viel anders ist? Hier kommt das politische Feld der deutsch-französischen Beziehungen ins Spiel. Seit dem Beginn der organisierten Zusammenarbeit infolge des Élysée-Vertrags 1963 ist die Aufmerksamkeit gegenüber der Sprache des wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Partners in Europa besonders groß. Im Élysée-Vertrag selbst wird die besondere Förderung der Partnersprache zum zentralen Anliegen. Das über mehr als 50 Jahre mit Hunderten von Millionen geförderte Deutsch-Französische Jugendwerk hat den Fremdsprachenerwerb mit vielen Maßnahmen wie Austausch und Förderprogrammen professionell begleitet. In zahllosen Regierungserklärungen, zuletzt beim 50jährigen Jubiläum des Élysée-Vertrags im Januar 2013, wurde die besondere Rolle der Sprache des Partners hervorgehoben. Über Jahrzehnte wurden politisch gewollte und aufwendig umgesetzte Instrumente geschaffen, um dem deutsch-französischen Sonderverhältnis in der Politik entsprechende Angebote im Bildungsbereich an die Seite zu stellen. Diesem bisher von allen Regierungen parteiübergreifend gepflegten Gebäude würde durch die Umsetzung der *Collège*-Reform ein bedrohlicher Schlag versetzt.

Im Auftrag der damaligen französischen Europaministerin Claudie Haigneré hat das dfi zum deutsch-französischen Tag 2005 eine Publikation vorgelegt, mit der auf die guten Berufschancen hingewiesen wurde, die Franzosen mit Deutschkenntnissen haben.

Warum? Die geplante Reform des Fremdsprachenunterrichts schafft zwei Besonderheiten ab: die so genannten *classes bilangues* und die *sections européennes*. Die *classes bilangues*, die in mehr als der Hälfte aller *Collèges* (auch in sozial schwachen Gebieten) angeboten werden, sind im Grunde die Antwort auf eine Folge der fortschreitenden Globalisierung. Angesichts der gestiegenen Bedeutung des internationalen Englisch als Verkehrssprache wollen die allermeisten Eltern, dass ihre Kinder als erste Fremdsprache im *Collège* Englisch wählen – dies führte seit den 1990er Jahren zu einem spürbaren Rückgang des Deutschen als erster Fremdsprache. Gleichzeitig gewann das Spanische als vermeintlich leichte Sprache bei der Wahl der zweiten Fremdsprache deutlich an Gewicht.

Fortsetzung auf Seite 3



Anteil der Schüler, die mit deutsch bzw. spanisch als 2. Fremdsprache in der Klasse 8 beginnen.
Quelle: http://www.education.gouv.fr/cid57096/reperes-et-references-statistiques.html

Typisches Schulgebäude eines französischen Collège. Quelle: Wikimedia

Fortsetzung von Seite 2

Wie sollte man also den Niedergang des Deutschen bremsen? Nach dem 40jährigen Jubiläum des Élysée-Vertrags, wo erneut die besondere Rolle der Partnersprache unterstrichen wurde, versuchte der damalige Erziehungsminister Fillon per Gesetz, der deutschen Sprache Präferenz einzuräumen – das Verfassungsgericht kassierte diese Initiative wieder ein unter Berufung auf den Gleichheitsgrundsatz. Aus diesem Dilemma entstanden die *classes bilangues*, bei denen sowohl Deutsch als auch Englisch als erste Fremdsprache in der ersten Klasse (Klasse 6) des *Collège* parallel unterrichtet werden, jeweils mit 3 Wochenstunden. Diese Möglichkeit hat seit ihrer Einführung großen Zuspruch gefunden und zur Stabilisierung der Zahlen geführt. Das Angebot ist deshalb so wichtig, weil es nahtlos in das darauf aufbauende Angebot mündet, nämlich die *classes européennes*, vergleichbar mit den in vielen deutschen Bundesländern existierenden zweisprachig unterrichteten Oberstufenfächern im Gymnasium. Auch diese sollen nun abgeschafft werden. Die weiteren Bausteine in diesem politisch langfristig aufgebauten deutsch-französischen Gebäude sind das Doppelabitur Abi-Bac, die Angebote der Deutsch-Französischen Hochschule mit ihren mehr als 150 geförderten Doppeldiplom-Studiengängen und auch die Angebote für eine qualifizierte deutsch-französische Berufsausbildung. Es mag im Verhältnis zum gesamten Bildungsmarkt eine Nische sein, aber es ist richtig, dass durch diese Angebote ein Bildungs- und Ausbildungsbereich entstanden ist, der in allen Evaluationen nur gute Noten bekommen hat. Zudem ist er für die deutschen, vor allem aber die französischen Politiker eine ideale Gelegenheit, um zu zeigen, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit konkrete und unmittelbar nützliche Früchte trägt – die allen jungen Deutschen und Franzosen offen steht und ihre späteren Chancen am Arbeitsmarkt deutlich erhöht.

Man fragt sich, warum die Ministerin diese folgenreichen Elemente in die Reform des *Collège* integriert hat und damit ohne Not politischen Schaden in Kauf nimmt. Sie tut es im Namen der *Égalité*, dem Totschlagargument der französischen Politik. Die genannten besonderen Angebote seien elitär und deswegen nicht egalitär, so hat sie sich mehrfach geäußert. Durch die zweite Fremdsprache schon ab Klasse 7 seien diese ungerechten Sonderformen nicht mehr nötig. Es steht zu befürchten, dass die Ministerin oder ihre Berater in Unkenntnis des politischen und auch schulischen Kontextes gehandelt haben. Zunächst muss man betonen, dass die *classes bilangues* eben auch an Schulen angeboten werden, die sonst absolut nicht attraktiv sind für leistungswillige Schüler, egal welcher sozialer Herkunft. Und ein Angebot für leistungswillige Schüler ist ja dann nicht elitär, wenn es möglichst vielen zur Verfügung steht. Sylvie Goulard hat es in ihrem Artikel auf den Punkt gebracht: Die Stärke der französischen Schule war es immer, so viele Schüler wie möglich nach „oben“ zu ziehen, und sich eben nicht dem Niveau der Leistungsunwilligen oder -unfähigen nach „unten“ anzupassen. Die bisherigen Erfahrungen mit den *classes bilangues* zeigen, dass sie einen guten Beitrag zur gewünschten sozialen Durchmischung leisten und viele komplementäre Anreize und Öffnungen schaffen (z.B. Schüleraustausch). Die *classes européennes* in einem Moment abzuschaffen, in dem die Europaskepsis nicht nur in Frankreich zunimmt und den Populisten Tür und Tor öffnet, ist sicher keine politische Meisterleistung.

Wie kann die Ministerin aus dieser politischen Klemme – denn darum handelt es sich – herauskommen? Die insgesamt plausible Schulreform und die deutsch-französische Sonderbeziehung sind gleichberechtigte politische Ziele. François Hollande wird schon eingesehen haben, dass es Handlungsbedarf gibt, denn das Thema ist in der Spitze der Politik angekommen. Die Lösung scheint möglich, denn die Grundsätze der schulischen Reform würden nicht infrage gestellt, wenn auf die Abschaffung der *classes bilangues* und der *classes européennes* zunächst verzichtet würde. Das vom Bildungsministerium vorgebrachte Argument, man wolle ja Deutsch in möglichst vielen Grundschulen als erste Fremdsprache einführen und dann eben auch die *classes bilangues* fortführen, muss sich erst noch durch die Praxis der nächsten Jahre als stichhaltig erweisen. Präsident Hollande wird erkennen, dass er hier viel politisches Kapital verspielen würde, ohne im Gegenzug viel zu gewinnen. Man kann nicht die deutsch-französische Klaviatur in Europa bespielen, um dann dem Instrument die Saiten zu durchtrennen. Unter Berufung auf die gewachsene Sonderrolle der deutsch-französischen Beziehungen sollte dieser Teil der Reform überdacht werden. Niemand würde politisch verlieren, und einmal mehr würde deutlich, dass es eine breite politische und gesellschaftliche Mobilisierung zugunsten der deutsch-französischen Beziehungen gibt.

Frank Baasner ▶ baasner@dfi.de

XXXI. Jahreskonferenz des dfi

Gebietsreform und Dezentralisierung in Frankreich – Die neue Karte Frankreichs zwischen Wettbewerbsfähigkeit, Kompetenzstreitigkeiten und Europäisierung der Regionen

Die beschlossene neue Landkarte Frankreichs. Quelle: www.gouvernement.fr

Als Präsident François Hollande seine Gebietsreform ankündigte, sprachen manche Beobachter von der „Mutter aller Reformen". Und in der Tat handelt es sich um ein ehrgeiziges Unterfangen, wenn die Anzahl der Regionen von derzeit 22 auf 13 reduziert werden soll. Man stelle sich nur den Versuch vor, in Deutschland die Anzahl der derzeit 16 Bundesländer zu nur noch zehn großen Regionen zusammenzulegen...
Entsprechend groß sind auch in Frankreich die Herausforderungen und Widerstände, aber auch die Erwartungen, die mit dieser Reform verbunden werden. Gelingt es wirklich, das angekündigte Einsparpotential zu verwirklichen, und wie werden der Zuschnitt von Kompetenzen und Finanzmitteln, die Verwaltung und die politischen Verantwortlichkeiten der neuen Einheiten genau aussehen? Und mit Hinblick auf die politische Dimension der Reform, wie soll mit den teilweise heftigen Widerständen umgegangen werden, die diese Reform erzeugt? Wie werden sich etwa im Elsass die bereits sichtbaren Autonomiebestrebungen entwickeln, und welchen Nutzen werden die Akteure aus den Möglichkeiten ziehen, die die EU größeren und selbstbewussteren Regionen bietet?
Diese aktuellen Fragen werden wir in unserer Jahreskonferenz am 25. und 26. Juni in Diskussionen und Vorträgen mit Betroffenen, Praktikern, Akteuren, aber auch Wissenschaftlern und Analytikern nachgehen. Am Donnerstag wird die Konferenz zunächst den Akteuren eine Bühne bieten, die Vor- und Nachteile diskutieren und alternative Konzepte präsentieren. Am Freitag wird in zwei parallel tagenden Arbeitsgruppen den verwaltungswissenschaftlichen und juristischen Gesichtspunkten einerseits, den politik- und europawissenschaftlichen andererseits nachgegangen.

Im Rahmen der Konferenz lädt das dfi am Donnerstag zu einem feierlichen Abendvortrag des französischen Botschafters in Deutschland, S.E. Philippe Etienne, ein.

Bei Interesse kann das vorläufige Programm der Jahreskonferenz angefordert werden:
lejeune@dfi.de

Stefan Seidendorf seidendorf@dfi.de

Salon Napoléon im Luxembourg-Palast. Quelle: dfi

Zu Gast im Senat

Frankreich steht vor einer tiefgreifenden Gebietsreform, die für die deutsch-französische Zusammenarbeit Konsequenzen haben wird. Das Interesse der französischen Politiker am Staatsaufbau und den Verwaltungsstrukturen in Deutschland ist groß. dfi-Direktor Frank Baasner war auf Einladung von Senatorin Catherine Troendlé in der deutsch-französischen Freundschaftsgruppe des Sénat zu Gast, um über die Strukturen des deutschen Föderalismus zu berichten. Das Treffen hat im festlichen Salon Napoléon im Luxembourg-Palast stattgefunden.

Frank Baasner baasner@dfi.de

Ausbildung überwindet Grenzen
dfi unterstützt das Pilotprojekt AzubiBacPro

Im Jahr 2013 - 2014 untersuchte das dfi im Auftrag des Staatsministeriums Baden-Württemberg, welche Faktoren Jugendliche von einer grenzüberschreitenden Berufsbildung abhalten (die Studie kann unter info@dfi.de angefordert werden). Die Ergebnisse dieser Untersuchung stoßen nach wie vor in beiden Ländern auf großes Interesse, so zuletzt bei einer Präsentation in Paris, in der Planungs- und Strategieeinheit (France Stratégie) des französischen Premierministers.

(v.li.n.re.) Dr. Stefan Seidendorf, dfi; Jean-Georges Mandon, Präsident der FEFA; Dr. Vincent Goulet. Quelle: eurojournalist.eu

Das Interesse an dieser Studie erklärt sich aus der gegenwärtigen gesellschaftlich und wirtschaftlich angespannten Situation (25 % Jugendarbeitslosigkeit im Elsass, demographischer Wandel und Mangel an Facharbeitern und Auszubildenden in Baden) und der daraus sich ergebenden politischen Priorität, grenzüberschreitende Mobilität auf dem Arbeitsmarkt zu erleichtern und zu befördern. Entsprechend entsteht derzeit vor Ort eine Vielzahl von Initiativen, die unterschiedliche Akteure der Berufsbildung bei dem Versuch zusammenbringen, die politisch neu geschaffenen Möglichkeiten praktisch zu nutzen.
In Zusammenarbeit mit unserem langjährigen Partner, der unter neuer Leitung stehenden Strasbourger Stiftung Fondation Entente Franco-Allemande (FEFA), hat sich das dfi entschlossen, eine dieser Initiativen beratend und unterstützend zu begleiten. Am Projekt „AzubiBacPro“ nehmen zunächst vier französische Berufsgymnasien und ihre deutschen Partnerschulen (Gewerbe- oder Fachschulen) teil. Dahinter steht die Idee, dass im Rahmen einer Berufsausbildung im nationalen System (also französisches Fachabitur oder deutsche Berufsausbildung) qualifizierende Ausbildungsabschnitte im jeweils anderen Land verwirklicht werden. Die Berufsschüler werden durch gezielte Sprachförderung auf ihre Auslandserfahrung vorbereitet (sowohl im schulischen Unterricht, als auch bei der praktischen Ausbildung) und bei der Suche nach einem Betrieb sowie der praktischen Umsetzung (Unterkunft, Transport) begleitet.
Im besten Fall könnte damit beispielsweise ein französischer Jugendlicher im ersten Ausbildungsjahr sechs Wochen, im zweiten und dritten jeweils acht Wochen im gleichen deutschen Betrieb verbringen. Da es sich jeweils um qualifizierende Ausbildungsabschnitte handelt, muss der deutsche Betrieb sich darauf einlassen, die jeweils vorgeschriebenen Ausbildungsinhalte zu vermitteln und am Ende zu bewerten. Der Vorteil für den Betrieb: er kann über drei Jahre einen potenziellen Mitarbeiter kennenlernen, seine Qualitäten und Fähigkeiten bewerten und diesen frühzeitig an den Betrieb binden. In Zeiten von Facharbeitermangel und nicht besetzten Ausbildungsplätzen ist das sicher eine interessante Möglichkeit, zumal in der Pilotphase keine Kosten auf den Betrieb zukommen werden: die FEFA gewährt eine großzügige Unterstützung der Azubis bei ihren Ausbildungsphasen im anderen Land. Je nach Berufsbild ergibt sich am Ende die Möglichkeit, den französischen Berufsabschluss direkt in Deutschland anzuerkennen, oder sich im deutschen dualen System fort- und weiterzubilden, bspw. indem vom aufnehmenden Betrieb ein Ausbildungsplatz angeboten wird.
Wie es auch die Ergebnisse unserer Studie nahelegen, liegt die Hauptschwierigkeit eines solchen Projekts in der Sozialisierung der beteiligten Akteure in sehr unterschiedlichen Schul- und Berufsbildungssystemen. Daraus ergibt sich vor allem fehlendes konkretes Wissen über das System des Nachbarn und den Umgang damit: Was genau verbirgt sich hinter dem französischen „Fachabitur“; wann und wie bewerbe ich mich und finde einen Betrieb; welchen Wert hat eine „duale Ausbildung“ in Deutschland? Kann man den französischen Abschluss in Deutschland anerkennen lassen, und umgekehrt mit einem eventuell in Zukunft erworbenen deutschen Abschluss in Frankreich arbeiten...? Das dfi, in Absprache mit der FEFA, wird bei der Generierung und Vermittlung des konkret notwendigen Wissens helfen und sein Netzwerk mobilisieren, um dem Projekt AzubiBacPro zum Gelingen zu verhelfen.

Stefan Seidendorf seidendorf@dfi.de

Teilnehmende Schulen

In Frankreich	In Deutschland
Lycée des métiers de l'Hôtellerie Alexandre Dumas Strasbourg-Illkirch *Commercialisation et Services en Restauration*	Paul Kerschensteiner Schule Bad Überkingen
Lycée Polyvalent Charles de Gaulle Pulversheim *Électrotechnique et Équipements Communicants*	GHS Emmendingen
Lycée polyvalent Jean Mermoz Saint Louis *Commerce*	Walter-Eucken-Schule Karlsruhe
Lycée polyvalent Schongauer Colmar *Commerce*	Rudolf Eberle Schule Bad Säckingen

Hochschulkooperation mit Tunesien

Der Demokratisierungsprozess in Tunesien ist von den europäischen Staaten mit viel Aufmerksamkeit und Sympathie begleitet worden.

Auch für Baden-Württemberg ist das im Vergleich zu den Nachbarstaaten stabile Land ein interessanter Partner für Kooperationen in Politik, Wirtschaft und Bildung. Europaminister Friedrich besuchte mit einer hochrangigen Delegation die tunesische Hauptstadt zu Gesprächen mit der Regierung, der Handelskammer und der Université Internationale de Tunis.
dfi-Direktor Frank Baasner ging es beim Thema Hochschulkooperation vor allem um die Entwicklung eines französischsprachigen Masterprogramms.

Frank Baasner baasner@dfi.de

Der baden-württembergische Europaminister Peter Friedrich im Gespräch mit dem Präsidenten der deutsch-tunesischen Industrie- und Handelskammer, Raouf Ben Debba. Quelle: dfi

Ehemaligenseminar des Programms „On y va – auf geht's!“

Nach vier Durchgängen und 58 geförderten Projekten haben die Robert Bosch Stiftung und das dfi beschlossen, für eine Weiterentwicklung des Programms vom reichen Erfahrungsschatz der bisherigen Beteiligten zu profitieren.

25 Projektverantwortliche aus den Jahren 2007 bis 2014 hatten sich bereit erklärt, Anfang März nach Ludwigsburg zu kommen, um sich über ihre Erfahrungen auszutauschen. Die Teilnehmer aus den verschiedenen Durchgängen führten rege Diskussionen und es wurden viele Anregungen für das neue Programm gesammelt. Das Interesse an einem Alumni-Netzwerk für das Programm „On y va – auf geht's!“ wurde deutlich.

Susanne Binder binder@dfi.de

Die Gruppe der Teilnehmer am Ehemaligenseminar. Quelle: dfi

Wie viele, wie hoch, wie groß?

Themendossiers der Frankreich-Bibliothek mit statistischen Angaben

Wie viele Menschen, die nicht im Land geboren sind, leben in Frankreich? Wie hoch ist die Zahl der Übernachtungen europäischer Touristen in Frankreich jährlich? Wie groß ist die Anbaufläche, die in Frankreich gemäß den für den Bio-Anbau geltenden Kriterien bewirtschaftet wird? Immer wieder werden Fragen nach Zahlenangaben an die Frankreich-Bibliothek gerichtet.

Diese finden sich auf den Internetangeboten der Insee (dem in Paris ansässigen Institut für Statistik und Wirtschaftsstudien), der zuständigen Ministerien oder anderer Einrichtungen: Laut Statistik der Insee leben in Frankreich 5.605.167 im Ausland geborene Menschen; die Zahl der Übernachtungen von Reisenden aus dem europäischen Ausland lag im Jahr 2013 nach Angaben der *Direction Générale des Entreprises* bei 465,2 Millionen; die *Agence Française pour le développement et l'agriculture biologique en France* bemisst die Bioanbaufläche in Frankreich auf 930.868 ha, was einen Anteil von 3,93 % der Gesamtanbaufläche bedeutet.

Nackte Zahlen bedürfen allerdings der Erläuterung, um zum Verständnis eines Sachverhalts beizutragen. Dazu folgendes Beispiel: Die Insee-Statistik zu den im Elsass lebenden Ausländern gibt, wie für alle französischen Regionen, als gesonderte Gruppen von EU-Bürgern nur die der Italiener, der Spanier und der Portugiesen an. Alle anderen sind unter der Bezeichnung „sonstige EU-Bürger" zusammengefasst. Bei der Lektüre des im Januar 2015 in den *Dernières Nouvelles d'Alsace* erschienenen Artikels „Des flux atypiques: Terre d'accueil et de refuge, l'Alsace est marquée par d'importants flux de proximité et une forte immigration turque" erhält man zu dieser Statistik wichtige Zusatzangaben und Erklärungen: Die Deutschen (12,1 % aller Inhaber einer fremden Staatsbürgerschaft im Elsass) und Türken (15,7 %) stellen hier die größten Migrantengruppen dar, was im innerfranzösischen Vergleich eine Ausnahme bedeutet.

Um den direkten Zugang zu Literatur und zu Zahlen zu erleichtern, hat die Frankreich-Bibliothek deshalb ihre Themendossiers um Verweise auf Statistikangebote ergänzt und dabei weitere thematische Angebote z.B. zur Beschäftigungssituation, zur Rentenpolitik oder zur nachhaltigen Entwicklung eingerichtet.

Den direkten Zugriff auf wissenschaftlich fundierte Texte zu den oben genannten Themenbereichen bieten die „Dossiers Migration und Integration in Frankreich", „Tourismus" und „Landwirtschaft und Ernährung" an. Zum Thema Integration findet man z.B. die Studie „Jugendliche mit afrikanischem Migrationshintergrund in Frankreich: Lebenssituationen und Perspektiven", zum Tourismus die Abschlussarbeit „Chancen der Privathotellerie gegenüber der Markenhotellerie: Analyse am Beispiel der französischen Hotellerie", zur Ernährung die Studie „Essalltag und Doing Family: eine vergleichende empirische Studie zwischen Deutschland und Frankreich".

Für eine weiterführende Lektüre wird ein thematischer Überblick über die in der Frankreich-Bibliothek vorhandenen Monographien, Zeitschriften- und Buchbeiträge angeboten.

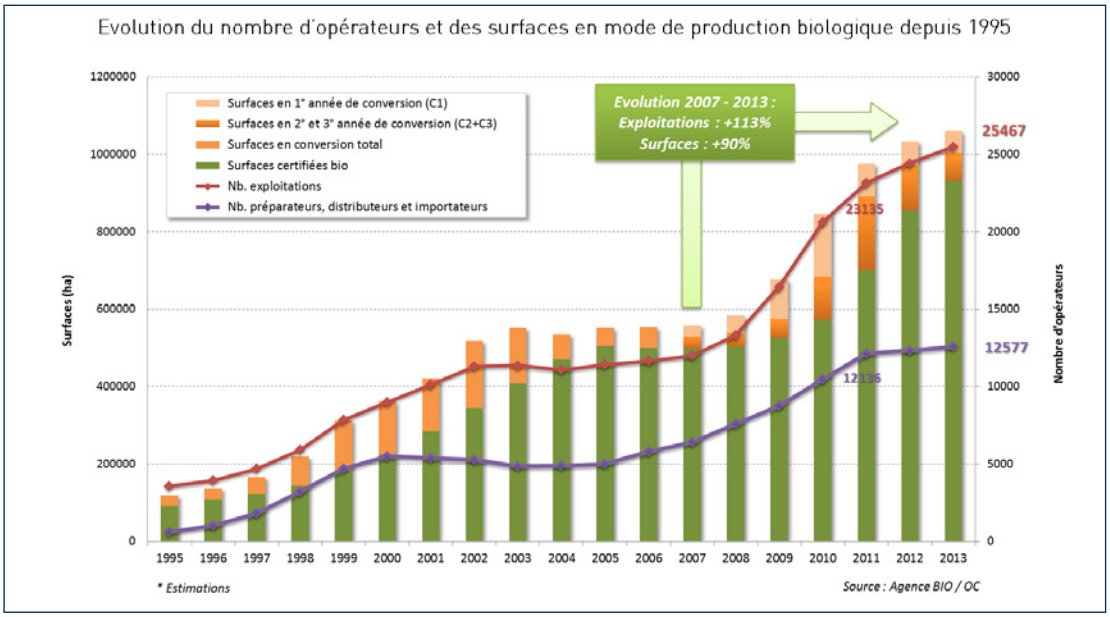
Neben elektronischer Fachliteratur sind zu allen Themenbereichen außerdem zahlreiche Nachweise von Presseartikeln zu den jeweiligen Themen verfügbar. Darunter finden sich Artikel wie „Mehr Kinder = früher in Rente. Stimmt das?" aus „DIE ZEIT" oder „Le système français de retraites tient mal les comparaisons" aus der Tageszeitung „Le Figaro" zum Vergleich der Rentensysteme; „Energiewende: zwei Länder, zwei Modelle? Auch Paris will nun die Energiewende einläuten. Die sieht in ihrer französischen Version allerdings ganz anders aus als in Deutschland" aus der Zeitschrift „ParisBerlin" oder „Le projet de loi sur la transition énergétique à l'Assemblée: Le modèle allemand est-il renouvelable?" aus der Zeitschrift „Enjeux Les Echos". Kopien dieser Presseartikel können gegen eine geringe Gebühr bei der Frankreich-Bibliothek bestellt werden und liegen in der Regel einen Tag nach Bestellung im Briefkasten des Bestellers.

Derzeit sind Dossiers zu 24 Themenkreisen verfügbar. Durch die Verknüpfung der Dossiers mit der Pressarchivdatenbank des dfi und der Datenbank World Affairs Online, zu deren Inhalt die Frankreich-Bibliothek wesentlich beiträgt, werden die elektronischen Volltexte und die Nachweise gedruckter Literatur und von Presseartikeln im Zuge der täglichen Arbeit fortlaufend um Neuerscheinungen ergänzt. Für Rechercheanfragen zu speziellen Themen können Sie sich direkt an die Mitarbeiter der Frankreich-Bibliothek wenden. Wir helfen Ihnen gerne weiter.

Die Themendossiers finden Sie unter
http://www.dfi.de/de/Bibliothek/bibliothek_doss.shtml

Für weitere Fragen wenden Sie sich bitte an die Frankreich-Bibliothek.
Frankreich-Bibliothek – 0 71 41 / 93 03-34 –
frankreich-bibliothek@dfi.de

Martin Villinger villinger@dfi.de



Entwicklung der Bioanbaufläche und der Zahl der Biobauern in Frankreich seit 1995. Quelle: Agence BIO / OC

Nachwuchswissenschaftler stellen ihre Doktorarbeiten vor

Die Stipendiaten der Gips-Schüle-Stiftung und der Wüstenrot-Stiftung, Juliette Charbonneaux und Yoav Schemer-Kunz, die von Februar bis April 2015 als Gastwissenschaftler am dfi waren, berichten über ihre Arbeit.

Juliette Charbonneaux bei ihrem Vortrag im dfi. Quelle: dfi

Yoav Shemer-Kunz bei seinem Vortrag im dfi. Quelle: dfi

Juliette Charbonneaux hat die Tageszeitungen Le Monde und Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) im Zeitraum 1949 bis 2013 untersucht. Ihr Interesse gilt der Frage, wie sie die deutsch-französische Zusammenarbeit jeweils widerspiegeln, welche Gemeinsamkeiten dabei bestehen und welche Unterschiede. Darüber hinaus gilt ihr Interesse der Rolle der Medien im politischen Prozess der Versöhnung und Wiederannäherung der beiden Staaten.
Gemeinsamkeiten bestehen für Charbonneaux vor allem darin, dass die Zeitungen regelmäßig und zuverlässig über die deutsch-französische Zusammenarbeit berichten und herausragende Ereignisse mit Sachverstand kommentieren. Sie verstehen sich als Chronisten der Arbeit der politischen Akteure, die sich seit der Unterzeichnung des Élysée Vertrages 1963 mindestens zweimal im Jahr in Frankreich oder Deutschland treffen. Die Dissertation belegt das für den Zeitraum 1949 bis 2013 mit Zitaten, Bildern und Karikaturen, die jeweils politische Schlüsselereignisse dokumentieren.
Zu den Unterschieden in der Wahrnehmung beider Zeitungen stellt Charbonneaux fest: Le Monde begann nach 1949 ganz sachlich, sprach von Beziehungen und Zusammenarbeit und davon, wie „die Deutschen in Schach zu halten" seien. Die FAZ startete nach 1949 beinahe euphorisch und schrieb: Europa bedeutet „Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich". Die Zeitungen blieben treue Begleiter der deutsch-französischen Beziehungen. 2013, zum 50. Jahrestag des Élysée Vertrages, konstatiert Charbonneaux eine komplette Umkehr im Tenor der Berichterstattung – bezogen auf den Ausgangspunkt von 1949: Die FAZ, eher sachlich, am politischen Tagesgeschäft orientiert, sieht „die Prinzipien und großen Linien der Zusammenarbeit" als gesichert" an. Le Monde ist dagegen sehr viel emotionaler, spricht vom deutsch-französischen Paar, von Freundschaft und fordert: Der „Schwung und die Überzeugung von 1963 sind wiederzufinden".

Yoav Shemer-Kunz legt in seiner Dissertation eine empirische Untersuchung der Rolle der Parteien im Europäischen Parlament (EP) vor. Am Beispiel der französischen Grünen zeigt er, dass sie im Kern eine nationale Partei geblieben sind. Ihre gemeinsame Liste bei den Europawahlen 2009 und ihr Anspruch, eine explizit europäische Partei zu sein, erweisen sich bei genauer Überprüfung als Fiktion.
Als Belege führt Shemer-Kunz u.a. folgende Fakten an: Obwohl die französischen Grünen bei den Europawahlen 16 % der Stimmen erzielt haben, nutzen sie dieses Gewicht nicht für die Platzierung ihrer großen Themen „Bürgerbeteiligung" und „Umweltschutz" auf der europäischen Agenda. Ihre 16 % wurden stattdessen zum zentralen Argument bei den nationalen Koalitionsverhandlungen.
„Parteien können ihre Funktion auf EU-Ebene nicht erfüllen", sagt Shemer-Kunz dazu und erläutert dies anhand des Themas „Politisierung", einem zentralen Begriff der Politischen Wissenschaften. Politisierung wird dort als erfolgreiche, öffentliche Werbung für ein politisches Thema definiert, mit dem Ziel, Mitstreiter für die eigene Position zu finden. Um wirksam zu sein, muss der Kontrast zum politischen Gegner deutlich herausgearbeitet werden. Auf europäischer Ebene funktioniert das nicht, so Shemer-Kunz, weil die Parteien, im konkreten Fall die französischen Grünen, isoliert sind. Sie sind nicht an der politischen Koordination zwischen Paris und Brüssel beteiligt. Anhand eigener Recherchen stellt Shemer-Kunz fest, dass Interessenverbände und zivilgesellschaftliche Lobbykoalitionen die politischen Themen in Brüssel weitaus wirksamer platzieren als die Parteien.
Deutlich wird dies für Shemer-Kunz beim geplanten Freihandelsabkommen TTIP, das zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten verhandelt wird. Es waren die Organisationen der Zivilgesellschaft, die TTIP politisiert und auf die öffentliche Agenda gesetzt hatten. Die Parteien kamen erst sehr viel später, als die Lobbyarbeit längst schon gemacht war.

Brigitte Veit ➲ veit@dfi.de

Frankreich Jahrbuch 2014

Zivilgesellschaft in Frankreich, Deutschland und Europa

Das Frankreich Jahrbuch 2014 vereint praktische Erfahrungen, empirische Forschung und Überlegungen zu einer Konzeptgeschichte der „Zivilgesellschaft". Die Beiträge bieten in vergleichender Perspektive Untersuchungen zur Interessenvertretung im Wirtschaftssektor, zu sozialem Kapital und sozialem Vertrauen, sowie zur veränderten Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure im Wohlfahrtsstaat. Der Band verdeutlicht, dass „Zivilgesellschaft" Konjunktur hat, aber gleichsam wachsen Zweifel am politischen Nutzen dieses Konzepts.

Der Inhalt:

- ❑ Welches Potenzial hat „Zivilgesellschaft" in Europa?
- ❑ Sozialpartnerschaft im Wandel in Frankreich und Deutschland
- ❑ Soziales Vertrauen und Sozialkapital in Frankreich und Deutschland
- ❑ Europäisierung von Interessenvertretung

Hrsg.: Deutsch-Französisches Institut (dfi), Frankreich Jahrbuch 2014. Zivilgesellschaft in Frankreich, Deutschland und Europa, erscheint vorauss. Mai 2015.

Neu erschienen: Haushaltskulturen

Seit Ausbruch der Krise der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion 2010 sind die Bemühungen um eine Stabilisierung und Stärkung der Eurozone durch deutsch-französische Divergenzen und Kontroversen geprägt worden.

Dieses Buch verfolgt ein dreifaches Ziel: Es will die Konstanten in den unterschiedlichen Geld- und Budgetkulturen beider Länder herausarbeiten; es will das Zusammenspiel dieser nationalen Kulturen und der Gründung der europäischen Währungspolitik analysieren; schließlich soll erörtert werden, ob die Unterschiede in den Visionen und politischen Grundorientierungen beider Länder ein Hemmnis oder im Gegenteil eine Chance für die Herausbildung einer europäischen Gouvernance der Wirtschafts-, Geld- und Fiskalpolitik darstellen.
Das Buch ist hervorgegangen aus einem gemeinsamen Projekt des dfi mit dem Centre d'information et de recherche sur l'Allemagne contemporaine (CIRAC), das vom Centre interdisciplinaire d'études et de recherches sur l'Allemagne (CIERA) unterstützt wurde. Es kann direkt beim CIRAC bestellt werden

Solène Hazouard, René Lasserre, Henrik Uterwedde (Hrsg.): France-Allemagne: Cultures monétaires et budgétaires. Vers une nouvelle gouvernance européenne? CIRAC, Cergy-Pontoise, 2015, 282 S., 25 €, ISBN 978-2-905518-48-4

Neuerscheinung Europa-Jahrbuch

Dieses in der 9. Folge erscheinende Jahrbuch zum Stand der Europäischen Union ist längst ein unentbehrliches Standardwerk für alle diejenigen geworden, die sich als Akteure oder Beobachter mit der europäischen Integration befassen.

Es vereint eine konsequent engagierte, europäische Sichtweise mit kritischer Analyse. Die diesjährige Ausgabe geht der Frage nach, ob 2015 zum Jahr des europäischen Aufschwungs werden kann. 20 ausgewiesene Autoren untersuchen insbesondere die europäische Wirtschaftspolitik, die Außenbeziehungen der EU und das politische Europa. Dazu kommen ein längeres Gespräch mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und eine 90seitige Dokumentation, deren Tabellen, Schaubilder und Karten gut ausgewählt und klug kommentiert werden. Als Gegenmittel zur schleichenden Euromüdigkeit zu empfehlen!

Henrik Uterwedde uterwedde@dfi.de

Rapport Schuman sur l'Europe, l'état de l'Union 2015, Hrsg. von Thierry Chopin und Michel Foucher, Paris, Fondation Robert Schuman/Édition Lignes de Repères, 2015, 266 S., 19,90 €.

Ludwigsburger Schlossfestspiele 2015

Mit Klängen der Musik des 17. und 18. Jahrhunderts entführen die Flötistin Dorothee Oberlinger und der Musette-Virtuose François Lazarevitch gemeinsam mit der Gambistin Hille Perl und dem Ensemble 1700 in das ländliche Idyll eines idealisierten Arkadiens.

Sie lassen vor unseren Ohren jenen Sehnsuchtsort auferstehen, den sich seit der Renaissance Künstler und Komponisten, Dichter und Maler, aber auch Architekten und Landschaftsgärtner erträumten. An den facettenreichen Nuancen dieser Stimmung nimmt die Schäfermusik ihren Anklang, die mit den typischen Instrumenten zur Zeit Ludwig XV. und XVI. zum Pläsir der Hofgesellschaft in Versailles gegeben wurde. So werden an diesem Abend neben „Les saisons amusantes" von Nicolas Chédeville, für die die berühmten „Vier Jahreszeiten" von Antonio Vivaldi Pate standen, mit den „Pièces de caractère" von Marin Marais und den „Fête rustique" von Jacques-Christophe Naudot auch weitere Amüsements des französischen Barocks zum Klingen gebracht.

http://www.schlossfestspiele.de/de/programm/spielplan/index.htm

Dorothee Oberlinger: Les Saisons Amusantes
30. Mai 2015, 20.00 Uhr, Ordenssaal, Residenzschloss Ludwigsburg, Einführung um 19.15 Uhr.

Termine

17. – 19. Juni.
XVII. Deutsch-Französischer Dialog „Grenzüberschreitender Ausbildungs- und Arbeitsmarkt", Otzenhausen.

25. – 26. Juni
XXXI. Jahrestagung des dfi: „Gebietsreform und Dezentralisierung in Frankreich – Die neue Karte Frankreichs zwischen Wettbewerbsfähigkeit, Kompetenzstreitigkeiten und Europäisierung der Regionen", Ludwigsburg.

27. Juni – 5. Juli
Seminar für französische Nachwuchsjournalisten, Berlin.

Die DFH zur Schulreform in Frankreich

Die Deutsch-Französische Hochschule ermöglicht deutschen und französischen Studierenden, ihr Studium gemeinsam in beiden Ländern zu absolvieren und anschließend einen französischen und einen deutschen Abschluss zu erhalten.

2015 fördert sie 6.200 Studierende – 1200 mehr als noch 2010. Die Voraussetzung für diese von der DFH mitgestaltete binationale Hochschulausbildung ist der Deutsch- bzw. Französischunterricht an den Schulen. Deshalb ist es besorgniserregend, dass die geplante Reform der Sekundarstufe 1 den Deutschunterricht in den beliebten bilingualen und Europaklassen in fast allen Regionen Frankreichs in Frage stellt. Trotz der massiven Konkurrenz durch das Englische besteht Interesse an der Sprache und der Kultur des Nachbarlandes, aber es bedarf auch der steten Förderung der Bereitschaft, sich dem anderen Land zuzuwenden. Umso wichtiger wäre es auf dieser Grundlage, das Deutsche auch in den weiterführenden Schulen nachhaltig zu fördern. Damit sich die freundschaftliche Verbindung zwischen Frankreich und Deutschland von Generation zu Generation immer wieder erneuert, ist eine Sprachkompetenz in der jeweils anderen Sprache unabdingbar. Nur wenn sich Deutsche und Franzosen verständigen können, kann diese Verbindung über die Generationen hinweg weiter gepflegt werden. Das Englische als bequemes Passepartout reicht nach der Erfahrung der DFH für eine solche Verständigung nicht aus.

Université franco-allemande
Deutsch-Französische Hochschule

Prof. Dr. Patricia Oster-Stierle
Präsidentin der DFH
oster-stierle@dfh-ufa.org

Kooperationsvertrag Jugend und Wirtschaft

zwischen der Deutsch-Französischen Industrie- und Handelskammer und dem Deutsch-Französischen Jugendwerk

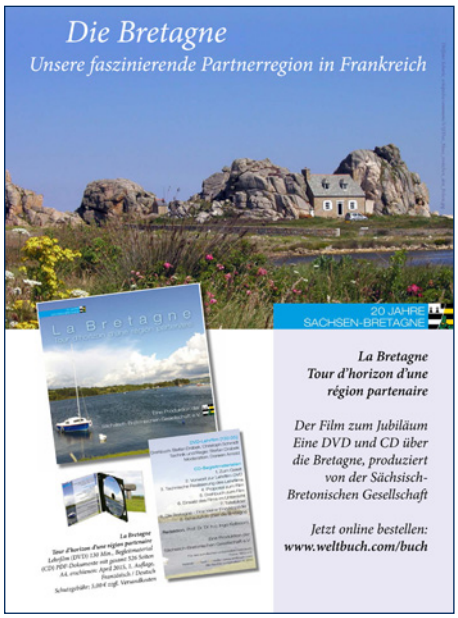
Im Rahmen des 2. Deutsch-Französischen Berufsbildungstages, der am 15. April 2015 in Paris stattfand, haben die Deutsch-Französische Industrie-und Handelskammer (AHK Frankreich) und das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) den Kooperationsvertrag „Jugend und Wirtschaft“ offiziell unterzeichnet.

In Übereinstimmung mit der Thematik der deutsch-französischen Berufsbildungskonferenz zielt die im Vertrag festgeschriebene Kooperation darauf ab, den Jugendlichen beider Länder die Eingliederung in den Arbeitsmarkt wesentlich zu erleichtern. Für diesen Zweck soll einerseits die Mobilität im deutsch-französischen Raum während der beruflichen Bildung besser weiterentwickelt werden und andererseits sollen künftig die Beziehungen zu den Unternehmen stärker ausgebaut werden, wobei der AHK Frankreich, als Unternehmensnetzwerk, eine besondere Rolle zukommt.

Kontakt:
Margarete Riegler-Poyet – Bereichsleitung Aus- und Weiterbildung,
Tel: + 33(1) 40 58 35 90
mriegler@francoallemand.com

(vgl. auch den Artikel von Stefan Seidendorf „Ausbildung überwindet Grenzen“, Seite 5)

Béatrice Angrand, Generalsekretärin des DFJW und Guy Maugis, Präsident der AHK Frankreich, unterzeichneten den Partnerschaftsvertrag „Jugend und Wirtschaft“ am 2. Deutsch-Französischen Berufsbildungstag am 15. April 2015 in Paris.
Quelle: Deutsch-Französische Industrie- und Handelskammer, Foto copyright © Gérard Bonnet.



Die Bretagne: Faszinierende Partnerregion in Frankreich

Aus Anlass des 20. Jahrestags der Unterzeichnung des Kooperationsabkommens zwischen der Region Bretagne und dem Freistaat Sachsen hat die Sächsisch-Bretonische Gesellschaft e.V. (www.sachsen-bretagne.de) einen von drei deutschen Studenten gedrehten Film mit dem Titel „La Bretagne – Tour d'horizon d'une région partenaire“ produziert. Die nur für den schulischen und privaten Gebrauch bestimmte DVD/CD kann gegen eine Schutzgebühr in Höhe von 5,– € plus Versandkosten online bestellt werden beim Weltbuch Verlag.
http://www.weltbuch.com/buch/wissenschaft-und-bildung/la-bretagne

Impressum

Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34
D-71634 Ludwigsburg
Tel +49 (0)7141 93 03 0
Fax +49 (0)7141 93 03 50
www.dfi.de
info@dfi.de
Redaktion: Waltraut Kruse
Verantwortlich für den Inhalt:
Prof. Dr. Frank Baasner